

Erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Bezugspreis
monatlich 60 Pf. frei ins Haus,
durch die Post vierteljährlich
1,80 Mark ohne Verlang.

„Die Neue Welt“
(Ablieferungsablage),
monatlich 10 Pfennig.

Schriftleitung:
Herr 49-48, Fernsprecher 888
Sprechanlage: werktags von
12-1 Uhr mittags.

Sozialist

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Buerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Wittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Abbestellung
bis zum 1. Juli 1913
für die nächsten 6 Monate
50 Pf., für einjährige Abbestellung
1,00 Mark, für einjährige Abbestellung
von Ausland 1,50 Mark.

Angaben
für die Postnummer
müssen spätestens bis zum
1. Juli 1913 in der
Schriftleitung ankommen sein.

Hauptverlagsstelle:
Herr 49-48, Fernsprecher 888
Sprechanlage: werktags von
12-1 Uhr mittags
sonst von 7 Uhr abends
bis 7 Uhr abends.

August Kaden

Sonabend nachmittag ist nach kurzen Krankenlager im Krankenhanse zu Dresden der Genosse August Kaden in einem Alter von knapp 62 Jahren verschieden. Zu einer Augenkrankheit, die ihn aufs Krankenbett warf, trat in letzter Zeit noch ein schweres Magenleiden und Herzschwäche hinzu. In diesen Tagen, in welchen wir die Erinnerung an die erste deutsche sozialdemokratische Organisation, an den Allgemeinen deutschen Arbeiterverein feiern konnten, ist er, einer der wenigen unter uns, die, wenn nicht an ihrer Wiege gestorben, so doch in ihren ersten jungen Jahren zu ihr gehörten, von uns gegangen.

August Kaden verlor seine in sich nicht nur eine lange Spanne des sächsischen Parteilebens und der Dresdener Parteitätigkeit, sondern auch von Anfang an ein beachtenswertes Stück der allgemeinen deutschen Parteigeschichte. Wie er sehr bald nach der Gründung in ganz jungen Jahren dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein beitrug, so hat er bis zur Stunde immer in den ersten Reihen der proletarischen Kämpfer gestanden, und die deutsche Partei hat ihm seit 1890, seit ihrer Reorganisation nach dem Fall des Sozialistengesetzes, eine der höchsten Ehrenämter übertragen, die sie zu vergeben hat, die Mitgliedschaft in der Kontrollkommission und in ihr nach Heinrich Meisters Tode den Posten des Vorsitzenden.

Es war weniger ein besonderes geistiges Erbe, weniger ein außerordentliches Verdienst, als ein außerordentlich hohes Maß von persönlicher Zuverlässigkeit, von tapferer, gerader Aufrichtigkeit und von einer seltenen charaktervollen Energie, das ihn an diese Stelle brachte. Es war aber auch ein besonderes Maß von innerer Lebenswürdigkeit, von freundschaftlicher Verfehrtheit, das ihm in jeder Korporation, in der er sich zeigte, eine erste Stelle und viele persönliche Freunde, Verehrer und nachdenkliche Gefolgshafte sicherte. So wird man ihn in der Partei in der Erinnerung behalten; dabei aber auch voller Bewunderung und Achtung seines kräftigen Humors gedenken, der ihm alle Menschen so schnell nahe brachte, und der selbst in den schwierigsten Situationen niemand vergessen ließ, daß die Welt auch über alle Grenzen hinweg, ein Mensch zu Menschen sprach. Dieser sein Charakter hat ihn in ganz besonderer Art zum Vorsitzenden der Kontrollkommission geeignet gemacht; er hat ihn erprobt und gefestigt in einer fast 50jährigen Partei- und Gewerkschaftstätigkeit, und Erfahrungen und Ergebnisse des eigenen Lebens und der Schicksale anderer haben August Kaden zu einem so besonderen Menschen geformt.

August Kaden wurde als das Kind armer Proletarier am 26. September 1850 in Großenhain geboren. Er besuchte vier Jahre lang in der Nähe die Dorfschule und dann die Bürgerschule in seinem Geburtsort. Darauf wurde er Zigarrenmacher; diesen Beruf hat er in wechselnden Stellungen als Arbeiter ausgeübt, bis er sich vor Jahrzehnten selbständig machte. Im Dezember 1885 trat er schon dem Allgemeinen deutschen Arbeiterverein bei, der unter Fritzschs Führung eben gegründet worden war. Mit 17 Jahren wanderte er durch die Schweiz, durch Baden und um dieselbe Zeit wurde er Mitglied des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins. Bald darauf schied er in seine Heimat Sachsen zurück und blieb von 1874 bis 1883 in Dresden, wo er sich dann selbständig machte. Er hat hier in dem Kampfe zwischen den Eisenarbeitern und den Laffallianern geschaltet. Aber er wurde ein ebenso glühender Vertreter der Vereinigungsidee und der geeinigten Partei; als die Zeit über den Einzelnen hinweg ging und die feindseligen Brüder vereinte. Unter dem Sozialistengesetz kam auch für ihn die Zeit des maßhaltigen Lebens. Damals hat er nicht nur Partei und Gewerkschaft mit all seiner Tätigkeit verteidigt und trotz aller Schikanen vorwärts zu bringen versucht, damals hat er auch persönlich gearbeitet, was nur immer die Not der Zeit erforderte. Diese seine Tätigkeit unter dem Sozialistengesetz war es insbesondere, die die sächsische Arbeiterstadt 1885 veranlaßte, ihn für Dresden-Neustadt in den Landtag zu schicken. Bis 1897 hat er die Interessen des sächsischen Proletariats hier vertreten. Als der infame sächsische Wahlrechtsraub dies weiterhin unmöglich machte, schied er im derselben Kreis 1898 in den Reichstag, wo er seitdem den Kreis ununterbrochen vertrat. Es versteht sich, daß er nebenher in Dresden alle Vertrauensämter in der Partei durchlaufen hat. Im besonderen hat er unserm Dresdener Parteiverlag nicht nur den Namen, sondern auch einen großen Teil seiner organisatorischen und gesellschaftlichen Kraft und Tätigkeit gegeben.

Kadens Tod reiht an mehr als eine Stelle in der deutschen Partei eine bedeutsame Wunde, und an allen den Stellen, wo er jemals gestanden hat, wird man diesen kräftigen, tüchtigen und zuverlässigen Menschen auf das schmerzliche vermissen. In seinem Gange trauert mit seiner Familie, mit seinen engeren Freunden die gesamte deutsche Partei, und alle, die ihm in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft im persönlichen Leben nähertraten konnten, werden diesem seltenen Menschen für alle Zeiten ein treues und ehrendes Andenken bewahren. Das Beispiel seines Lebens und seiner Tätigkeit aber wird für alle Zeiten ein Muster bleiben, das Nachahmung weckt, und ein leuchtendes Vorbild von Treue und Aufopferung für die proletarische Bewegung wird es, wie in der Vergangenheit, so auch für die Zukunft sein.

Bom „obersten Kriegsherrn“.

Bei der Kommissionsberatung der neuen Militärvorlage haben unsere Genossen fortwährend versucht, rückständige oder schädliche Einrichtungen zu beseitigen, die auf Kosten der Kriegstüchtigkeit nur dem äußeren pomphaften Paradewesen dienen — natürlich vergebens. Denn wenn auch bei der Beseitigung dem Regierungsvorteiler die guten Gründe ausgingen, so hatte er immer noch einen letzten Verwurfsgrund, vor dem sich die bürgerlichen Parlamentarier ehrsüchtig beugten: „die Kommandogewalt des Kaisers.“ Die Armee, so sollte das besagen, ist eine Privatangelegenheit des Kaisers; was mocht ihr, Büttelhand des Reichstages, da hineinreden? Ihr könnt bloß die Oberen zu bewilligen, aber die innere Organisation geht euch nichts an!

Das geht nun allerdings über den Wortlaut der Verfassung hinaus; wenn auch hier — genau wie in anderen Ländern — dem Recht der Ernennung aller Beamten so gut wie die innere Organisation der Armee und die Kommandogewalt über sie zugeht, so bedeutet das doch nicht, daß das Parlament nicht mit dreingreifen hätte, wie es in der ganzen Verwaltung und im Wehrwesen ist. Aber die Sache liegt in Deutschland doch noch anders als in westeuropäischen Ländern. Auch wo der Wortlaut ihrer Verfassung übereinstimmt, ist das wirkliche Wesen dieser Verfassungen grundverschieden, weil die realen Machtverhältnisse verschieden sind. In einem Beitrag zu dem der Militärvorlage gewidmeten Artikel der „Illustrierten Zeitung“ legt Professor Delbriück dar, daß hinter dem trockenen Verfassungsparagraphen der Kommandogewalt etwas viel erheblicher und größerer liegt, ein viel innigeres und tieferes Verhältnis zwischen Kaiser und Armee; er sei nicht einfach der Kommandierende, er ist der „oberste Kriegsherr“.

Die Darlegungen Delbriücks über das in diesen Worten enthaltene spezifisch preussische Verhältnis, das in anderen Ländern fehlt, und um das die anderen Länder uns — zwar nicht beneiden aber doch — beneiden sollen, sind sehr beachtenswert. Er geht zuerst auf das Verhältnis in den allgemeinen Verfassungen zurück, bis er zu allerdings das Ende der Zeit seit 1870 in die deutsche Bourgeoisie eingedrungen, sich für ihre neuen Großmachtgefühle durch Ausprägung germanischer Namen und Formen die richtige Selbstgewalt zu schaffen und sogar ihre Vater, wie ihre trierische Freiheit den Fürsten gegenüber, als die altdeutsche Jugend der Treue zu feiern. Denn in Wirklichkeit hat die moderne Armee mit den heutzutageigen Gefolgshafte jener Zeit, die auf eigene Faust zur Plünderung alter Kulturländer auszogen, nichts gemein.

Dann kommt er aber von der reaktionären Romantik in das Gebiet der wirklichen Geschichte; der Begriff des obersten Kriegsherrn wurzelt in der preussischen Geschichte, in der Zeit, als die preussischen Fürsten die Armee schufen. Nach dem dreißigjährigen Kriege nahm der Kurfürst Köln-Brandenburger in seinen Dienst, um sie als Werkzeuge des Absolutismus zu benutzen. In Westeuropa war auch die Armee der von ihnen bezahlten und ihnen daher ergebenen Soldatruppen die erste mächtige Waffe der Fürsten gewesen — die zweite war die Bureaucratie in ihrem Dienste — ihre absolute Macht über die Befehls- und einen einseitlichen Staat zu gründen. Auch die preussischen Fürsten mit ihrer Armee haben immer mehr Krönungen und Zahlreiche zusammengebracht. In dem Wesen dieser Armee als Soldatarmee beruht nur noch Delbriück das persönliche Verhältnis zwischen Fürst und Armee das in dem Worte oberster Kriegsherr ausgedrückt wird; wer sich freiwillig in den Dienst eines Fürsten begibt, und zwar nicht als Kavalier oder Beamter, sondern auf Grund einer Verpflichtung auf Tod und Leben, der tritt in eine viel engerere persönliche Beziehung zum Fürsten, er wird zu seinem Kameraden, „er wird der Ehre des Kriegsdienstes geweiht und geachtet und gehalten“...

In mehr als einer Hinsicht muß man hier zugeben werden. Erstens würde diese Begründung der Theorie vom obersten Kriegsherrn das Gegenteil dessen beweisen, was sie beweisen soll; denn wäre sie richtig, so müßte mit dem Verschwinden der Soldatarmee auch das persönliche Verhältnis verschwinden sein und könnte bei unserer modernen Armee von einem obersten Kriegsherrn keine Rede mehr sein. Aber wie steht es dann weiter mit der „Ehre des Kriegsdienstes“? Was der Professor hier von den schweren Mißhandlungen, den menschenwürdigen Soldaten und dem Gassenlärm gerade bei den preussischen Eiseren gehört? Natürlich weiß er das alles ganz gut und die nächsten Sätze geben des Meißels Lösung: die Ehre des Kriegsdienstes und die Kameradschaft des Fürsten besteht sich auf die Offiziere. „Der Kriegsherr fühlt sich nicht nur als Herr, sondern auch als Kamerad seines Offizierskorps.“ Darin liegt vor allem das wichtige der Delbriückschen Darlegungen; sie stellen fest, daß das Verhältnis, das so romantisch und erhaben in dem Worte des obersten Kriegsherrn ausgedrückt wird, nur die Offiziere als etwas wirkliches gibt und daß die Soldatarmee, der proletarische Teil der Armee, damit gar nichts zu tun hat.

Aber damit ist zur Erklärung der Sache nur ein einziger Schritt gemacht. Auch in anderen Ländern waren diese zuerst von Soldaten, später von ausgehobenen Landwehrlern unter dem Kommando ablicher Offiziere vorhanden, aber nirgends entstand eine solche Verhältnis. Als etwas spezifisch preussisches läßt es sich nur aus dem besonderen Charakter des preussischen

Absolutismus erklären, dessen Fundament im Grunde dem des westeuropäischen Absolutismus genau entgegengesetzt war. In Frankreich wurden die Fürsten durch die Beherrschung der wirtschaftlichen Entwicklung, durch das Emporkommen des Bürgertums emporgeschoben, das ihnen Geld gab und sie gegen die Könige unterstützte. In Preußen beruhte der Absolutismus auf dem Mangel an wirtschaftlicher Entwicklung, auf der völligen Machtlosigkeit des Bürgertums; er war nicht das Organ einer notwendigen ökonomischen Entwicklung, sondern diente nur sich selbst. Daher konnte er sich nicht über die beiden Klassen erheben, indem er sie gegeneinander auspielte; gegen die allein mächtige Klasse des Adels konnte er nichts als Gegengewicht aufbieten. Daher konnte der preussische Absolutismus in seinem inneren Wesen nichts anderes als eine öffentliche oder verkappte Junkerherrschaft sein. Das Geld mußte er sich von den Junkern bewilligen lassen, und diese sagten dafür, daß die wichtigsten Offiziere und Beamtenstellen in ihre Hände kamen, so daß sie über die Armee — wie auch über die Verwaltung — verfügten, die anderswo das Machtinstrument der Fürsten gegen sie gewesen war. Die Hohenzollernschen Hände zu den Junkern immer wie die „ersten unter Gleichen“, nicht wie Monarchen zu Untertanen, die her gatten die Junkerlichen Offiziere die „Kameraden“. In den anderen Ländern, wo die Fürsten die innere Macht eines ganzen schon halbwegs bürgerlichen Staates hinter sich hatten, fanden sie viel zu hoch über dem nur eine untergeordnete Rolle spielenden Offizierskorps, um dieses Verhältnis aufkommen zu lassen. Die Theorie des obersten Kriegsherrn ist daher im Grunde nur der Ausdruck der Junkerherrschaft im preussischen Staate, der Ausfluß der langen wirtschaftlichen Niedrigkeit dieses Militärstaates.

Die rasche kapitalistische Entwicklung in dem modernen großpreussischen Deutschland hat das vorgefundene Verhältnis noch gelockert. Die Bourgeoisie brauchte sowohl Fürstentum als Armee nach außen und nach innen zur Sicherung gegen proletarische Revolutionsgefahr; als neue Macht stellte sie das fürstlich-junkerliche Preußen in ihren Dienst, gab ihm Geld und erhöhte sein Ansehen. Als herrschende, der Volksmasse gegenüber überhebende Ausbeutergruppe hat sie ein Interesse daran, das Machtinstrument des Staates möglichst stark in den Händen des Fürsten zu machen. Dabei leistet die überkommene Lehre vom obersten Kriegsherrn vortreffliche Dienste; sie erlaubt, die Armee möglichst außerhalb der Kontrolle des Parlamentes zu stellen und sie der Kritik der Volksvertreter zu entziehen.

Um so mehr ist es anzunehmen, daß Delbriück in seinem Artikel, der vor der Bourgeoisie die Lehre vom obersten Kriegsherrn darlegt und begründet, seinen Augenlid Zweifel darüber läßt, daß die benannte Volksmasse der gewöhnlichen Soldaten damit nichts zu tun hat. Wenn er über die Armeelicheit, deutet er nur an die Führer, die Offiziere. Die unermesslich wichtige praktische Folge dieser persönlichen Beziehung zwischen dem Kriegsherrn und dem Offizierskorps ist die Ausschaltung der Armee aus der Politik. Die Politik macht allein der Kriegsherr, und die Armee vertraut ihm, daß er auch ihre Interessen wahrnehmen und pflegen werde. „Die Interessen der Armee“ sind hier die des herrschenden Offizierskorps; denn Interessen, die die Soldaten gegenüber der Volksmasse mit den Offizieren gemein haben, gibt es nicht. Für die Interessen der Soldaten treten, wie für alle proletarische Interessen, immer nur die sozialdemokratischen Wortführer auf. Daher haben wir allen Anlaß, den Einfluß des Reichstages in Militärangelegenheiten zu stärken und die reaktionäre Ideologie vom obersten Kriegsherrn energisch zurückzuweisen.

Politische Uebersicht.

Halle (Saale), den 23. Juni 1913.

Nur keine geselligen Bindungen!

Reichstagsbrief. C. B. Am Sonabend sprach er der Kriegsminister bei Beratung der Militärvorlage klar und deutlich aus: Resolutionen, sowohl man nur will, aber ja keine geselligen Bestimmungen! Die Fortschrittler haben in Abänderung ihrer bisherigen Taktik einen Antrag eingebracht, der durch Abänderung des Reichsmilitärgesetzes der Regierung die Verpflichtung der Forderung des Turnens bei der schulpflichtigen Jugend auferlegt wird. Und zu diesem Antrag eben erklärte Derr u. Oettingen, daß er nur in der Form einer „Resolution“ für die Regierung „annehmbar“ sein könne. Das beweist, wie recht die sozialdemokratische Fraktion hatte, als sie von Anfang an Wert darauf legte, daß die Reformgesetze des Reichstags im Gehege selbst zum Ausdruck kämen.

In der Fortführung der Debatte über die Reform des Militärdienstes mußte sogar der Nationalliberale Prof. v. Galtzer ebenso wie der Fortschrittler Müller-Meininger die Reformnotwendigkeit unbedingt zugeben. Wer sie beide wollen die Ausführung dieser Reform einer späteren Gelegenheit überlassen. Der Konserervative v. Brockhausen findet die gegenwärtigen Bestimmungen mit wenigen Einschränkungen natürlich durchaus vorzüglich. Inseer Redner, die Genossen v. n. e. t. und v. e. u. s. vertreten dagegen unter Führung eines reichen Materials und unter Hinweis auf die traurige Geschichte der Mißhandlungen das Recht des Soldaten, gegen diese Barbarei mit aller Entschiedenheit geständig zu werden. Gegenüber dem Kriegsminister, der die unentschiedliche Behandlung des Soldaten und des Offiziers besonders verteidigt, machten unter dem Namen, und namentlich Genosse S. d. i. h. a. g. e. n. der dem Minister emiederte, in aller Klarheit darauf aufmerksam, daß

Will man mit diesem Anselgehele alle republikanischen Bestrebungen treffen, so richtet es sich besonders noch gegen die vor einem Jahre gegründete republikanische Partei, die sich im Streife der fernmagarischen Bauernschaft der großen Ziesebene und in den Schichten der kleinstädtlichen Intelligenz viele Anhänger erworben hat. Während die berühmte Großmacht mit ihrer Prävention, die staatsliche und politische Ordnung der Dinge am Vollen in allererster Reihe zu bestimmen, den Frieden Europas gefährdet, entkündet ihr in der republikanischen Bewegung der magarischen Bauern ein neuer Widerstand und eine Katastrophe, welche keineswegs dazu ansetzen soll, die Menschen zu beben und die Hoffnungen auf ihren Fortschritt zu entkräften. Auf Seiten schießt man nicht mit Kanonen — und wird das schwere Geschütz einer Ausnahmegeißelung gegen eine Bewegung aufgeschoben, so zeigt das für die Kraft ihrer Bewegung oder wenigstens für das schärfste Gewissen der Herrschenden.

Ein zweiter Gewaltstreik Tiszas wird aus Rume gemeldet. Dort hat der ungarische Minister des Innern den Gemeinderat aufgelöst, weil dessen Beschlüsse die Interessen des Staates verletzen. Der Gemeinderat hatte gegen die Einführung der staatlichen Grenzpolizei protestiert, er hatte ferner die politische Ausweisung eines Agitatoren aufgehoben und gegen den Polizeidirektor wegen dieser Ausweisung eine Disziplinaruntersuchung verhängt. Die Revolver für den aufgelösten Gemeinderat sollen innerhalb vier Wochen stattfinden.

England.

Das Ende der Marconi-Affäre. Man schreibt uns aus London: Die große zweitägige Unterhausdebatte über die Marconi-Affäre ist vorbei, und die Liberalen, die vor diesen Tagen wie vor seinen früheren geiztet hatten, etnen wieder Herr auf. Aber nicht nur die Liberalen, sondern auch die Konservativen. Denn die Geschichte hätte für beide Parteien so viel schmerz ablaufen können. Denn die Gefahr für beide Parteien bestand darin, daß sie beide in der Sire des Geschicks in einen künstlichen Eifer hineingezogen und allerlei unglückliche Dinge sagen würden. Darin bestand freilich die einzige Möglichkeit für einen Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit, aber eben deshalb lag es im höchsten Interesse beider Parteien, diesen einen Weg um jeden Preis zu vermeiden. Mit einer Mehrheit von 78 Stimmen nahm das Unterhaus schließlich eine Resolution an, worin es den „Ausdruck des Bedauerns“ der beiden Minister Jaacs und George über ihre Transaktionen in amerikanischen Marconiaktionen absperrt, sie im übrigen reinwäscht und die Anklagen der Korruption verurteilt. Wenn die Konservativen gegen diese Resolution stimmten, so natürlich nicht aus irgendwelcher Lieberzeugung oder aus ethischen Erwägungen, sondern weil sie doch glaubten, sich unter den es waltenden Umständen ein Recht erworben zu haben, die ganze Affäre bei den Wahlen zu ihrem Vorteil auszuspielen. Das freilich nicht möglich gewesen wäre, wenn das Unterhaus eine einstimmige Resolution angenommen hätte.

Der Abschluß der ganzen Affäre zeigte das englische Unterhaus in seinem schiedlichen Rechte. Die Heuchelei, der Selbstbetrug und die Unwillkürlichkeit, die den englischen Parteienkampf in seinen hohen Maße kennzeichnen, fehlten jetzt allen. Es ist sehr merkwürdig, aber in England kein geringes Zeichen, daß während im Parlament die Politiker sich gegenseitig Komplimente drehten oder höchstens subtile ethische Unterschiebe entwickelten, man auf der Straße, auf den Eisenbahnen und in den Klubs kaum einen einzigen Menschen findet, der von den monatelangen Verhandlungen und Enthüllungen die unerschütterliche Lieberzeugung gewonnen hat, daß die Staatsmänner recht schmutzige Geschäfte trieben. Das ist nicht viel, aber dennoch ein Gewinn. Der Glorienschein der selbstlosen Eingabe für das Volk, mit dem sich die Liberalen, und insbesondere Lloyd George, gern umgeben, ist unüberbrücklich verloren.

Die breiten Massen, die sich bei diesem Anlasse klarer als je zuvor bewußt wurden, wie wenig sie von den beiden bürgerlichen Parteien auf eine Verharmlosung ihrer Meinungen rechnen konnten, setzen ihre Hoffnungen in die Arbeiterpartei. Sie sind leider enttäuscht worden. Amittelbar vor der Unterhausdebatte schied das offizielle Organ der P. S. D. der Labour Leader: „Wenn die Arbeiterfraktion in dieser Frage die Regierung unterstützt, dann find wir überzeugt, daß sie den größten Fehler ihrer Kaufbahn begehen wird.“ Die große Mehrheit der Fraktion hat die Regierung unterstützt. Es ist kein Geheimnis, daß es innerhalb der Arbeiterfraktion zu heftigen Auseinandersetzungen über die Stellungnahme zur Marconi-Affäre kam. Aber nachdem der Vertreter der Partei in der Marconi-Kommission, der Genosse Parker, den Wehrheitsbericht unterzeichnet, waren die Hände der Fraktion mehr oder weniger gebunden. Nur fünf Arbeitervertreter enthielten sich ostentativ der Abstimmung; es sind gutklingende Namen: Thorne, O'Grady, Nowell, Snowdon und Walsh. Unter den Parteigenossen hat die Haltung der Fraktion Konfirmation und Entkräftung hervorgerufen. Fragen nicht gerade jetzt besondere Umstände von der größten Bedeutung vor, die die Vermeidung aller inneren Streitigkeiten gesetzlich fordern, dann hätte die Unzufriedenheit der Massen sich diesmal in sehr scharfen Formen geäußert.

Dänemark.

Das neue Ministerium. Der Führer der radikalen Partei, Zahle, hat folgendes Ministerium gebildet: Ministerpräsident und Justizminister: Zahle; Verteidigungsminister: Follingsaender; Außenminister: Dr. Wunich; Finanzminister und Minister des Meeres und der Fischerei: Landstingsabgeordneter Ewald Brandes. Das Ministerium des Meeres ist noch nicht besetzt, da sich die dafür auserehende Persönlichkeit im Auslande befindet. Minister für Kirche und Unterricht: Follingsaender; Minister für Kultur: Dr. Wunich; Landwirtschaftsminister: Follingsaender; Bauernhofbesitzer Sr. Pedersen; Minister des Innern: Follingsaender; Redakteur Dve Rode; Minister für öffentliche Arbeiten und Minister für Handel und Schiffahrt ad interim: Landdirektor Haffing-Jørgensen. — Der König hat das Kabinett „genehmigt“.

Frankreich.

Demonstrationen gegen die dreijährige Dienstzeit veranfaßten am Sonnabend während des militärischen Zapfenreichs die Antimilitaristen von Brast. Der Plazmajor ließ die Truppen sofort nach der Kaserne zurückführen.

Militärische Schredensstrafen. In Montpellier hat das Kriegsgericht von dreizehn Soldaten, die an der Demonstration in Nodex teilgenommen haben, zwei zu fünf Jahren Zwangsarbeit und die anderen zu vier Monaten bis zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt.

Holland.

Vor den Stichwahlen. Der Vorstand der holländischen sozialdemokratischen Partei hat sämtliche freisinnigen Stichwahlkandidaten Stichwahlbedingungen gestellt, die sich auf das Wahrecht und die Arbeiterpriorisierung beziehen. Die sozialdemokratische Partei wird nur diejenigen Kandidaten unterstützen, die sich auf diese Stichwahlbedingungen verpflichten.

Der Landesausgang der drei freisinnigen Parteien erließ einen Rufus an die Wähler, wonach diese aufgerufen werden, bei Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Liberalen für die Sozialdemokraten zu stimmen. Wenn diese Parole befolgt wird, bedeutet das den Sieg von 11 Sozialdemokraten in der Stichwahl. Der Vorstand der „antirevolutionären“ (protestantisch-kleinbürgerlichen) Partei gab die Wahlparole aus, bei Stichwahlen zwischen Liberalen und Sozialdemokraten sich der Stimme zu enthalten. Auch diese Wahlparole ist für die Sozialdemokraten sehr günstig, sie würde den Sieg von weiteren sechs Sozialdemokraten bedeuten.

Indessen die Wahlparole allein entscheiden nicht. Wenn es zur Wahlpraxis kommt, dann werden sich in vielen Kreisen die feindseligen bürgerlichen Brüder zusammenfinden und den Sozialdemokraten durchfallen lassen.

Das Stimmenergebnis der Wahlen ist jetzt festgestellt. Auf die Liberalen entfielen 380 000, auf die Liberalen 235 000 und auf die Sozialdemokraten 145 000. Ferner sind abgegeben worden für differenzierende (außerhalb des Parteiverbandes stehende) liberale Kandidaten rund 22 000 Stimmen. Zum ersten Male seit 1897, also seit dem Verlehen des jetzigen Wahrechts, haben die Liberalen nicht mehr die Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Eine erhebliche Zahl ehemaliger liberaler Arbeiter haben diesmal sozialdemokratisch gewählt. Prozentual verteilen sich die Stimmen wie folgt auf die einzelnen Parteien: Liberale 45,8 Proz. (1909-15 56,1 Proz.), Liberale 30,5 Prozent (31 Proz.), Sozialisten 18,6 Proz. (13 Proz.), Differenzen 21 Proz. (— 10 Proz.).

Spanien.

Kundgebungen gegen das Marokkoabenteuer führten in Barcelona zu Zusammenstößen mit der Polizei. Die Polizisten schossen auf die Manifestanten; 30 Personen, darunter ein Journalist und zwei Polizeibeamte, wurden verletzt. Am Sonntag vormittag umstellte die Polizei das Volkshaus. An mehreren Stellen der Stadt kam es zu einem Augewechsel zwischen der Polizei und den Manifestanten. Die Truppen (1) werden bereit gehalten. — 22 Personen wurden verhaftet.

Balkanstaaten.

Die neue Kriegesgefahr auf dem Balkan besteht in unverminderter Schärfe weiter. Bulgarien wie Serbien zeigen sich gleich unwachsig in ihren Forderungen, und selbst dem russischen Jaren dürfte es weder mit Ermahnungen noch durch Drohungen gelingen, die feindseligen Brüder zu veröhnen. In Belgrad vertritt man sich infolge der Haltung Bulgariens nicht viel von der Ministerpräsidentenkonferenz, und auch in politischen Kreisen Petersburgs rechnet man wieder härter mit der Möglichkeit eines bulgarisch-serbischen Krieges. — In ähnlichem Sinne äußert sich auch die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die in ihrer Wochenendausgabe u. a. über den bulgarisch-serbischen Streitfall schreibt: „Gegenwärtig läßt sich noch nicht absehen, ob der Streit unter den Balkan-

staaten durch schiedsrichterliche Vermittlung oder durch Waffen-gewalt entschieden werden wird. Das allseitige Festhalten der Großmächte an den Grundlinien einer europäischen Friedenspolitik, zu denen auch die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Balkanstaaten gehört, hat bisher günstig gewirkt und wird sich, wie wir hoffen, auch fernerhin bewähren.“

Der Wiener Neichspost zufolge dürfte die Entscheidung in dem Konflikt noch Mitte dieser Woche fallen. Denn die friedlichen Mittel scheinen alle erschöpft und es gebe kaum noch einen anderen Ausweg, als den Appell an die Waffen. Die Serben haben die Forderungen der bulgarischen Regierung glatt abgelehnt, mit den Waffen in der Hand können aber Verhandlungen nicht geführt werden. Die Petersburger Konferenz, die Ausfall angetagt hat, hat keine Aussicht auf Annahme durch Bulgarien, man leht sie in Sofia entschieden ab, falls Serbien nicht abruht. „Ohne Radikalität Serbiens aber auf der ganzen Linie kann ein Krieg nicht vermieden werden, und sein Ausbruch kann überraschend schnell kommen.“

Serbien macht Annäherungsversuche an Oesterreich. Belgrad, 22. Juni. In einer Besprechung der Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien führt die Tribuna aus, daß Serbien tatächlich eine Verbesserung dieser Beziehungen anstrebt und bereitwillig und aufrichtig eine ihr das zugehörige Freundesband erstreben würde; Oesterreich-Ungarn möge die Hand ausstrecken und werde sich dann überzeugen, daß Serbien eine aufrichtige Freundlichkeit mit der mächtigen Nachbarmonarchie zu haben und zu würdigen wolle.

Belgrad, 22. Juni. Das gesamte Kabinett ist zurückgetreten.

Der Prozeß gegen die türkischen Verschwörer

Konstantinopel, 23. Juni. Das Urteil des Kriegsgerichts ist noch nicht bekanntgegeben worden. Doch ist es sicher, daß zwölf Personen, die der direkten Teilnahme an der Ermordung Mahmud Scherif Bahads oder der Anführung dazu angeklagt waren, zum Tode verurteilt worden sind. Darunter befinden sich der frühere Direktor der Polizei Muhib, Topal Zewif, Jua und die drei Geschloßen, Prinz Sabah Eddin, Scherif Bahja und der frühere Minister des Innern Mehdi wurden zu schweren Strafen verurteilt.

Ein neuer politischer Mord.

Konstantinopel, 22. Juni. Der Militärfommandant von Baza, Oberst Herid, wurde bei dem Uebergang über die Schair-Brücke von Arabern angefallen und ermordet. Personen aus seinem Gefolge wurden vermißt.

Aus der Partei.

Die Großstadtpolitik in Baden.

Aus Freiburg (Freisau) wird gemeldet: Der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokraten Badens hat am Sonntag das von den Vertrauensmännern abgeschlossene Lieberkommen mit den Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei Badens einstimmig gutgeheißen. Das Lieberkommen bezieht sich auf einige Wahlkreise für den ersten Wahlgang. Damit ist — so schießt die Meldung — der Großklub für den zweiten Wahlgang in Baden gesichert.

Weitere Meldungen besagen, daß auch die Parteitage der Nationalliberalen und der Fortschrittler, die in Karlsruhe und Offenburg stattfanden, der Vereinbarung zustimmten.

Sum Tode August Rabens.

Die Beerdigung des verstorbenen Genossen Raben ist auf Mittwoch, den 25. Juni, nachmittags 3 Uhr, in Friedhof bei Dresden, angelegt.

Kufere Tausendfach bewährte *330
Nahrung bei:
**Brechdurchfall,
Diarrhöe,
Darmkatarrh, etc.**
Kindernahrung
Krankenkost

Zentralbibliothek.
Ausgabeort: Für Nord Volkspart (Burgstraße 27), für Süd
Ballfale (Verdenfeldstraße 14).

**Neckenpferd-
Seife**

die beste, süßmilch-Teife
für zarte weisse Haut
à Bk. 50,2

931

PUCK
die neue
Qualitäts 3 Cigarette
mit Goldmundst. mit Hohlmundst. flach

GEORG A. JASMATZKI A.G. DRESDEN
GRÖSSTE DEUTSCHE
CIGARETTENFABRIK

Schiffbrüder Paul Rabe, Boot 40, 'Hofenauer' des Herrn Runkl...

Zweite Preise haben erhalten: Gombel 28 der Claraheiden...

Dritte Preise haben erhalten: Gombel 20, Aufführung des...

Bei dem Was der Helfer wird nach dem jeweiligen Reichsamt...

Der fragliche junge Mann erhielt hierauf den Befcheid, daß...

Wetter wird der Gehltscheude aufgefordert, 680 Mark an...

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, daß ich mich nicht in...

u. v. Eine Zuzureicherung dieses Unkostenbetrages findet nicht statt.

Sie wird also zum zweiten Male geklopft, ohne daß der...

Wenn man bedenkt, daß auf solche 'Selbstgeber'-Anfragen...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Die Beschlüsse der Versammlung sind einstimmig angenommen.

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

Der Vorsitzende hat die Beschlüsse der Versammlung...

teill, das man nach den eingangsigen Erklärungen selber...

Nach dem hier geschilderten Schema arbeiten eine ganze...

Die letzte Mitgliederversammlung des Halle'schen Lehrervereins...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Die Kinofrage ist ein wichtiges Gebiet der Jugendpflege...

Desinfektion am Kranenbette. Die gemäß § 8 des Gesetzes...

Unfall bei der Arbeit. Geiern morgen gegen 8 Uhr...

Von der Strafe. Vor dem Hause Häufigstraße 3 wurde...

Schlagerei. In angelegentlichem Zustande bedrohte...

Rechtzeitig entdecktes Feuer. Als der Wächter Nr. 38...

Straßensperrung. Wegen der Verlegung eines Rudrobr...

Ostendorfer Mordverurteilung. Sozialdemokratische Vers...

Die leibigen Abrechnungspraxe. In der Sonnenabrechnung...

Freiwillige Verurteilung. Ein Bergmann von Ostendorf...

Rechtsgericht der 8. Division. In seiner Eigenschaft als Gemeindevorsteher...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

Verantwortlich für Verfall der Beschlüsse. Verantwortlich...

